Ortsamt Borgfeld

Ortsamt Borgfeld, Borgfelder Landstr. 21, 28357 Bremen

An die Mitglieder des Beirates Borgfeld

Mitglieder der Ausschüsse I; II; III z. K.

Freie

Bremen

Hansestadt



Jürgen Linke, OAL **Eileen Paries**

Tel.: 0421/361-3087/3090 Fax: 0421/361-15887

F-mail

Office@oaborgfeld.bremen.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen (bitte bei Antworten angeben)

Bremen, den 14.08.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur

öffentlichen Sitzung des Beirates Borgfeld am Dienstag, dem 30. August 2011, 19:30 Uhr, in der "Fleetstube" der Bremer Heimstiftung", Daniel-Jacobs-Allee 1

herzlich ein.

Tagesordnung:

- Genehmigung der Tagesordnung
- 2. Genehmigung des Protokolls der konstituierenden Sitzung vom 28.06.2011
- 3. Ehrung der ausgeschiedenen Beiratsmitglieder und des ausgeschiedenen Ortsamtsleiters
- 4. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
- 5. Beschlussfassung zum Geschäftsordnungsänderungs-Antrag der CDU-Fraktion (Antr. 1)
- 6. Beschlussfassung zur Begründung des eingesetzten Koordinierungs-Ausschusses der SPD-Fraktion (Antr. 2)
- 7. Gemeinsamer Antrag Grüne / SPD: Einengungen Upper Borg (Antr. 3)

- 8. Gemeinsamer Antrag SPD / Grüne: Fahrbahnoberfläche Borgfelder Landstraße, Höhe Wümmebrücke (Antr. 4)
- 9. Wahl von zwei Mitgliedern des Controlling Ausschusses und einem Stellvertreter
- 10.Mitteilungen
- 11. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Jeingen Linke Ortsamtsleiter

Antrag 1

Beschluss über die Geschäftsordnung für die Legislaturperiode

Änderung § 1 Abs. 4 Satz 2 der GO wie folgt: "Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Einladung zu den Beirats- und Ausschusssitzungen erfolgt durch Bekanntgabe in der Tagespresse und die Veröffentlichung auf der Homepage des Ortsamtes."

Änderung § 2 Abs. 3 Satz 2 GO wie folgt: "Nach Verabschiedung der Formalien ist auf jeder Beiratssitzung als erster Tagesordnungspunkt "Wünsche und Anregungen der Bürger" aufzuführen."

Zusammenfassung § 5 Abs. 6 Satz 1 wie folgt: "Nichtbeiratsmitglieder haben Rederecht, es sei denn der Beirat beschließt etwas anderes."

Einfügen in § 6 Abs. 1 GO folgenden Satz 1 bis 3: "Anträge werden nach der Reihenfolge ihres Einganges auf der Beiratssitzung behandelt, es sei denn zwei Anträge betreffen sachlich denselben Gegenstand. In diesem Falle sind sie zusammenhängend zu behandeln. Anträge müssen 3 Tage vor der Beiratssitzung beim Ortsamt eingegangen und allen Beiratsmitgliedern zugestellt worden sein, um auf der Beiratssitzung behandelt werden zu können. Bei Eilbedürftigkeit kann diese Frist im Einvernehmen aller Fraktionen auch abgekürzt werden."

In § 9 GO ist als neuer Abs. 1 aufzunehmen: "Vor der Abstimmung über den Vorschlag des Beirates findet eine Anhörung der und eine Aussprache zu den Kandidaten für das Amt des Ortsamtsleiters statt."

Einfügen als neuen § 10 Abs. 9 GO: "Die Protokolle der Beirats- und Ausschusssitzungen sind, soweit die Sitzungen öffentlich waren, auf der Homepage des Ortsamtes unverzüglich nach deren Genehmigung zu veröffentlichen."

Soweit vom Senator für Inneres pp in der GO die Rede ist, muss dies in "Senatskanzlei" geändert werden, da diese die Aufsichtsbehörde ist (§ 34 Abs. 1 BeiräteG).

CDU-Fraktion im Borgfelder Beirat

Fraktion der SPD: Begründung zum Einsetzungsbeschluss für den Koordinierungsausschuss

Aufgabenbeschreibung:

- Der Ausschuss koordiniert die fraktionsübergreifenden Angelegenheiten des Borgfelder Beirats
- Er bereitet gemeinsam mit dem Ortsamtsleiter die Beiratssitzungen vor und berät ihn bei dem Vorschlag zur Tagesordnung
- Dem Ausschuss werden vom Ortsamt alle laufenden Vorgänge von öffentlichem Interesse zur Weiterleitung in die Bearbeitung vorgelegt
- Das betrifft auch alle Bauanträge, insbesondere, wenn Fristen einzuhalten sind.

Der Koordinierungsausschuss trifft sich grundsätzlich eine Woche vor dem Termin der Beiratssitzung oder aus besonderem Anlass.

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Gemeinsamer Antrag der SPD – Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Beirat Borgfeld

Der Beirat möge beschließen:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, auf der Straße Upper Borg drei zusätzliche Einengungen einzurichten. Einmal stadtauswärts direkt nach dem Butlandsweg und einmal stadteinwärts zwischen Haus Nr. 7 und 9 und direkt nach der Albert-Bischof-Straße.

Begründung:

Beide Einmündungen in den Upper Borg haben einen sehr eingeschränkten Sichtbereich. Beim Butlandsweg steht z. B. direkt an der Ecke ein dicker Baumstamm. Gerade Schulkinder auf Fahrrädern können hier nur vorsichtig tastend in den Upper Borg einbiegen. Das wird von vielen Autofahrern als Verzicht auf die Rechts-vor-Links-Vorfahrt missverstanden. Dazu kommt, dass durch die zwei Kurven die Straßeneinmündungen schlecht erkennbar sind. Die Einengungen würden den Radfahrern ein sicheres Abbiegen ermöglichen und für die Autofahrer auf dem Upper Borg die einmündenden Strassen deutlich markieren. Die Einengung zwischen Haus Nr. 7 und 9 verhindert, dass Autofahrer auf diesem langen Straßenstück ohne Rechts-vor Links-Situation zu überhöhter Geschwindigkeit verleitet werden. Der kleine und wendige Bus der Linie 32 wird dabei nicht nennenswert behindert. Diese Maßnahme wäre ein Gewinn an Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer

Petra Kettler und die Fraktion Bündnis 90/die Grünen Gerd Ilgner und die SPD – Fraktion

Gemeinsamer Antrag der SPD – Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Beirat Borgfeld

Der Beirat möge beschließen:

Wie aus der Petitionsangelegenheit der Anwohnerinitiative Borgfelder Landstraße/Erbrichterweg bekannt wurde, erbrachten die von dem Senat durchgeführten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen leider nicht die von dem Petitionsausschuss geforderte Abhilfe.

Der Beirat Borgfeld unterstützt daher den Wunsch der Anwohnerinitiative auf Nachbesserung und fordert den Senat erneut auf, die Fahrbahnoberfläche auf dem etwa 200 Meter langen Teilstück der Borgfelder Landstraße in Asphalt auszuführen.

Begründung:

- Die Fahrbahnoberfläche vor und hinter der Brücke über die Wümme in der Borgfelder Landstraße ist mit einem sogenannten Kleinpflaster ausgeführt. Auf der Brücke und nach den Kleinpflasterstücken besteht die Fahrbahnoberfläche aus Asphalt. Zur Brücke steigt die Fahrbahn jeweils an und die Kfz-Fahrer geben ordentlich Gas und fahren mit Schwung und überhöhter Geschwindigkeit das Kleinpflaster hinauf und nach der Brücke wieder herunter. Dadurch entstehen eine gesundheitsgefährdende Geräuschentwicklung und eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit.
- Es sind in dem beschriebenen Bereich bereits verkehrsberuhigende/ verkehrsüberwachende Maßnahmen und Tempo 30 ausgeführt bzw. angeordnet worden, die jedoch nicht den erhofften Erfolg nach sich zogen. Insbesondere nachts, wenn kein Gegenverkehr vorhanden ist, kommt es zu nicht hinnehmbarem Verkehrslärm.
- Die Anwohner, haben in Hausnähe die Verkehrsgeräusche gemessen und ermittelten gesundheitsgefährdende Werte, die sich in der Stärke wesentlich von den behördlichen festgestellten unterscheiden. Die Behörde hat nach eigenen Angaben ihre Werte rechnerisch festgestellt und dabei Parameter zugrunde gelegt, die in der Realität anders sind. Insbesondere ist die Behörde davon ausgegangen, dass die Fahrbahnoberfläche bereits durchgehend in Asphalt ausgeführt sei und die Verkehrsmenge etwa nur ein Drittel der in einem Gutachten ermittelten Anzahl betragen würde.
- Die Umgestaltung der Fahrbahnoberfläche in Asphalt ist bisher aus Kostengründen abgelehnt worden. Aber auch hier gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die Behörde bezifferte die Kosten auf ca. 100.000 €. Ein von den Anwohnern beauftragter Fachbetrieb hat Kosten - je nach Art der Ausführung - von 18.000 bis 44.000 € kalkuliert. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Ausführung solide und langfristig haltbar sein soll. Eine vergleichbare Sanierungsmaßnahme ist im Nachbarortsamtsbereich Oberneuland bereits realisiert worden.
- Da nach unser Einschätzung der Verbund zwischen den einzelnen Steinen des Kleinpflasters verbraucht ist und in absehbarer Zeit sowieso bautechnische Maßnahmen erforderlich werden, wäre es auch aus Kostenersparnisgründen zweckmäßig, jetzt zu handeln.

Gerd Ilgner und die SPD – Fraktion
Petra Kettler und die Fraktion Bündnis 90/die Grünen